

Frisch plakatiert : internationale Politfasssäule

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **143 (2017)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Internationale Politfasssäule

Radio Moskau

«Postfaktisch» ist das aktuelle Wort des Jahres. «Frage an Radio Eriwan» war gestern. Wem heute nach journalistischer Realsatire ist, der wird zuhauf fündig bei den kreativen News-Designern der zunehmend von jeglicher Faktenlage losgelöst operierenden russischen Staatsmedien. Ein prominentes Exempel aus der Praxis gefällig? – Frage an Radio Moskau: «Stimmt es, dass die 13-jährige russischstämmige Lisa in Berlin von arabischen Flüchtlingen entführt, 30 Stunden lang festgehalten und vergewaltigt worden ist?» – Radio Moskau: «Im Prinzip ja.

Allerdings waren die arabischen Flüchtlinge weder arabisch noch Flüchtlinge, sondern *ein* guter Bekannter, war das Mädchen von diesem nicht etwa entführt worden, sondern hatte es sich freiwillig zu ihm begeben, und es hat im Übrigen auch keinerlei Vergewaltigung stattgefunden.» – Der Irrsinn hat Methode: Geht man nach dem Tenor der in den russischen Medien transportierten Berichterstattung über die Flüchtlingsproblematik in Deutschland, dann herrschen hier das blanke Chaos, Sodom und Gomorrha und steht das Land kurz vor dem völligen Zusammenbruch. Ein roter Faden, an dem kremlseits eifrig mitgesponnen und der, je nach tagespolitischem Bedarf, dankbar aufgegriffen wird: In dem reisserisch zum Krimi aufgebauchten «Fall Lisa» hatte sich sogar der russische Aussenminister Lawrow bemüssigt gefühlt, seinen – freilich reichlich dünnen – Senf dazugeben und die deutschen Behörden der Unfähigkeit und Vertuschung zu zeihen. Gerade so, als gälte es, dem allgemeingültigen Prinzip von Recht und Ordnung («Law & order») ein konkurrierendes, eher auf Kra-wall gebürstetes entgegensetzt-

zen: das von Recht und Rabatz. In diesem Fall sehr sinnige englische Übersetzung: «Law & row».

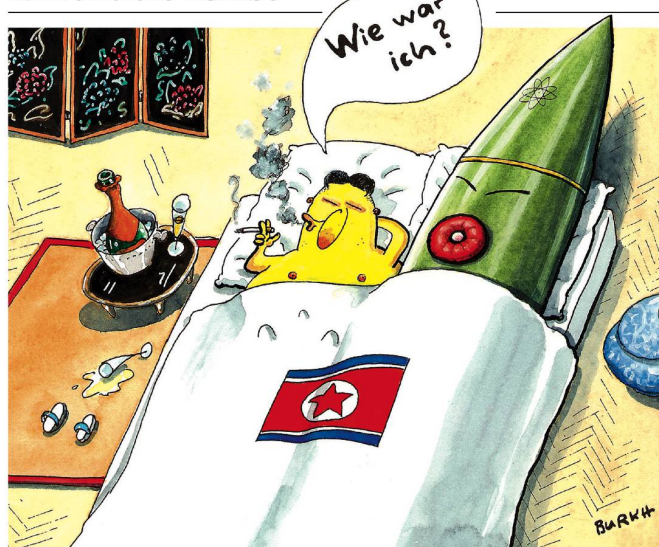
JÖRG KRÖBER

Wer zu wem?

Die politische Landschaft hat sich verändert. Nirgendwo ist das so deutlich ablesbar wie an den Besuchsterminen zwischen Tayyip Erdogan und Angela Merkel. Während der türkische Regierungschef über Jahre hinweg von Zeit zu Zeit in Berlin aufkreuzte, um die deutsche Bundeskanzlerin dazu zu bewegen, bei der Europäischen Union in Brüssel ein gutes Wort für die Erörterung einer türkischen Mitgliedschaft in der EU einzulegen, ist unversehens Frau Merkel zur Bittstellerin geworden.

Ein bedrückender Albtraum ist für sie der Gedanke, dass Erdogan im Jahr der deutschen Bundestagswahl womöglich die Grenzen freigibt und Europa über Griechenland von einer weiteren Flüchtlingswelle überrollt werden könnte. Um das möglichst zu verhindern, ist Kanzlerin Merkel in den vergan-

Kim und die Bombe



BURKHARD FRITSCHE

genen anderthalb Jahren zum fünften Mal nach Ankara gereist. Und das garantiert nicht zum letzten Mal.

GERD KARPE

Neues von Bernd

Wie tönte unlängst Bernd Höcke, jener vermeintlich so geschickt subtil agierende verbale Höckenschütze der AfD: «Wir Deutschen, also unser Volk, sind

das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.» – Schon klar, Bernd. Und die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich einen von seinem eigenen Pathos besoffenen Blinddarm in das Zentrum ihres Vorstands gewählt hat.

JÖRG KRÖBER

Bissiger Parlamentarier

Bei der Abstimmung über die Verfassungsänderung gab es Anfang des Jahres grosse Aufregung in Ankara. Während einer hitzigen Debatte hatte ein türkischer Abgeordneter einen Kollegen, der eine andere politische Meinung vertrat, ins Bein gebissen. Eine Kollegin, die den Vorfall aus nächster Nähe beobachtet hatte, erklärte, das sei für sie unerträglich. Sie leide unter einer Hundephobie. Prompt erschien «der Beisswütige» am folgenden Tag mit seiner grossrassigen Hündin im Parlament. Weder er noch die Hündin trugen notabene einen Maulkorb.

GERD KARPE

Marine Le Pen



RAMISES MORALES IZQUIERDO

Politfasssäule (Fortsetzung)

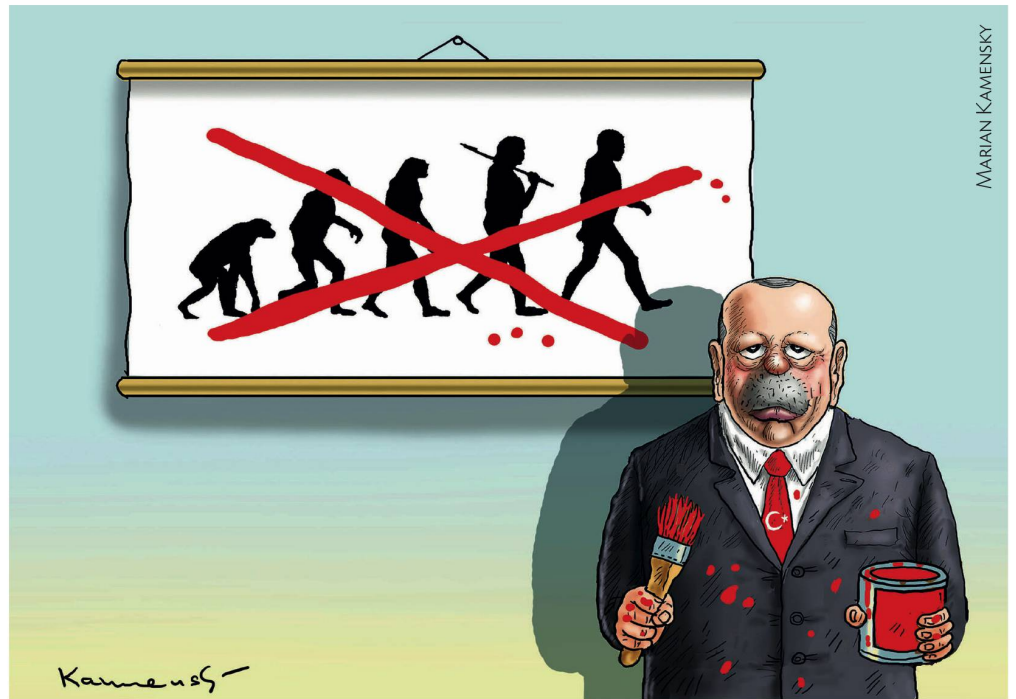
Angepisste Hundehalter

Wie die deutsche «Postillon» berichtete, sind laut eines Urteils des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe die Hundebesitzer ab August dazu verpflichtet, auf öffentlichen Plätzen neben dem Kot auch den Urin ihres Haustieres zu entfernen sowie sachgerecht zu entsorgen. «Wer gegen die Auflage verstösst, muss mit einem Bussgeld sowie im Wiederholungsfall mit dem Entzug des Hundeführerscheines rechnen», so der «Postillon».

Auf den ersten Blick mag das Ganze zwar nach einem Scherz klingen, aber dem ist nicht so. Ich lebe als freier Autor und auf meinen Lesereisen in Deutschland stellte ich in letzter Zeit wiederholt fest, dass dieses Gesetz vielerorts bereits angewandt wird. Immer mehr Hundebesitzer ziehen mit Schwamm und Fleckenspray durch die Gegend und rubbeln eifrig an den von ihren vierbeinigen Lieblingen angepinkelten Bäumen.

Die Hundepolizei, die das Ganze sorgfältig beobachtet, hat die Situation völlig unter Kontrolle, zumal sie sehr pingelig, um nicht

Erdogan: Er hat doch was für Kreuze übrig!



zu sagen extrem pinkelig bei ihren Beobachtungen vorgeht. Es wird allen Hundebesitzern dringend geraten, ihren Vierbeinern mindestens dreimal täglich frische Hundewindeln anzulegen, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Darüber hinaus wird im

Deutschen Bundestag schon seit Wochen über ein Gesetz gegen Hundepupse (HP) heftig debattiert, welche die SPD und die Grünen auch weiterhin rund um die Uhr zulassen möchten, während die CDU die Hundefürze lediglich nachts erlauben will. Horst Seehofer von der CSU setzt sich wiederum für ein Totalverbot der Hundepupse ein. «Das kriege ich auch noch durch!», sagte der Ministerpräsident aus Bayern zuversichtlich. «Darauf könnt ihr einen lassen!»

JAN CORNELIUS

Die Farce

Am 12. Februar fand in Deutschland die Wahl des Bundespräsidenten statt. Ende des vergangenen Jahres hatten sich Angela Merkel (CDU) und Sigmar Gabriel (SPD) auf den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier (SPD-Mitglied und vormaliger Außenminister) geeinigt. Den An-

stoss hatte Vizekanzler Gabriel gegeben. Da die vorgesehene Kandidatin der CDU, Marianne Birthler (einst Bundesbeauftragte für die Stasi-Akten), in letzter Minute abgesagt hatte, blieb der Kanzlerin nichts anderes übrig, als dem Vorschlag Gabriels zuzustimmen. Mit der mehrheitlichen Stimmenzahl von CDU und SPD stand also Steinmeier schon im vergangenen Jahr als neuer Bundespräsident fest. Die sogenannte Wahl im Februar geriet zur Farce. Da wurde zur «Präsidentenwahl» sehr feierlich nach Berlin eingeladen, wo jedes Mitglied der Bundesversammlung geheim seine Stimme abgeben durfte. Jene groteske Veranstaltung mit pseudodemokratischem Charakter kostete den Steuerzahler mehr als eine Million Euro. Wenn das nicht praktizierte Sparsamkeit mit Augenmass ist! Die Politikverdrossenheit lässt grüssen.

GERD KARPE

Peugeot will Opel kaufen

